

In der letzten Ausgabe dieser Zeitschrift wurden die drei Altstadthäuser im Stuttgarter Leonhardsviertel, in denen sich die Geschäftsstellen des SHB und des Verschönerungsvereins Stuttgart befinden, zu Recht eingefügt in eine Reihe positiver Maßnahmen des Bürgerengagements zur Stadtbilderhaltung. Eben diese Gebäude sind gerade jetzt einer erheblichen Gefahr ausgesetzt, die ihren praktischen Nutzwert für beide Vereine empfindlich beeinträchtigen könnte – und die nebenbei auch das Stadtbild nachhaltig gefährdet.

Als wir vor zwanzig Jahren drei völlig heruntergekommene Altstadthäuser in der Weberstraße erwarben, die zwar unter Denkmalschutz standen, ohne unser Eingreifen jedoch abgerissen worden wären, war deren Umgebung zwischen Katharinen- und Hauptstätterstraße ein schwäbisch-pittoreskes «Städtle», eben das Rotlicht-Viertel der Landeshauptstadt. Die an zwei Händen abzählbare Gastronomie des horizontalen Gewerbes, die in ihnen tätigen «Damen» und überhaupt die ganze Außenwirkung des Viertels waren so, dass auch Geschäfte, Handwerksbetriebe und Wohnungen entspannt mit dem Milieu koexistierten. Auch der daran nicht interessierte Bürger nahm zum Aufsuchen guter Gaststätten, wie etwa der alten Weinstube Fröhlich, seinen Weg durch diesen Teil der Stuttgarter Altstadt. Damals war es erklärte Politik der Stadt, das Rotlicht-Milieu auf diesem Niveau zu halten und durch die Förderung bürgerlicher Nutzungen die bestehende Ausgewogenheit zu sichern.

Mit der Freizügigkeit für EU-Bürger Südosteuropas begann vor etwa fünf Jahren eine dramatische und von der Stadt Stuttgart bis vor kurzem tatenlos hingegenommene Entwicklung zum Schlechteren. Mehr und mehr wurden Häuser umgewandelt zu sogenannten Laufhäusern, also Bordellen primitivster Ausgestaltung ohne baurechtliche, gesundheitspolizeiliche oder brandschutztechnische Genehmigung. In und vor diesen Häusern machte sich eine Armuts- und Elendsprostitution breit, bei der immer jüngere Frauen gezwungen wurden, sich zu immer billigeren Preisen anzubieten. Die folgende Veränderung im Straßenbild macht es dem normalen Bürger nur noch schwer möglich, das Viertel unbehelligt zu betreten.

In dieser Situation haben sich die Vereinsführungen von Heimatbund und Verschönerungsverein nachdrücklich an die Stadt gewandt und auch unter Androhung rechtlicher Schritte die Einhaltung des Baurechts und anderer Vorschriften, die all dies Tun bis heute untersagen, eingefordert und verlangt, endlich rechtmäßige Zustände zu schaffen.

Neben einigen konkreten Erfolgen in dieser Richtung gab es aber plötzlich auch Menschen mit Einfluss, die der Meinung waren, es könne mit «Satzungen über Vergnü-

gungsstätten» erreicht werden, das Rotlichtmilieu aus den die Innenstadt umgebenden Stadtbezirken völlig zu verdrängen und alle einschlägigen Betriebe eben im Leonhardsviertel zu konzentrieren. Dies wurde befördert von den scheinbar seriösen Eigentümern derjenigen Häuser, in denen solche illegalen Bordell-Nutzungen über Jahre hinweg stattfanden.

Gerade in diesen Wochen sind politische Gespräche im Gange, ob illegale Verhältnisse der Vergangenheit hingenommen und legalisiert werden. Dabei wird auch die für uns völlig unverständliche Auffassung vertreten, gerade durch die allgemeine Zulassung der Rotlichtbetriebe in einem eng umschrankten Bereich sei es leichter möglich, die Prostitution zu kontrollieren und zu steuern. Diese Vorstellung ist für uns abwegig.

Würden Bordelle im Viertel nun häufiger zugelassen, würde dieses der Hamburger Herbertstraße wohl um nichts nachstehen. Die Folge wäre fatal: Die Vereinshäuser in der Weberstraße wären nicht mehr wie bisher nutzbar. Es wäre den dort Beschäftigten kaum zuzumuten, täglich durch Straßen zu gehen, in denen sich ein aggressives Bordell an das andere reiht. Dem Publikum beider Vereine stünde ein Speißenlaufen durch ein Spalier von Straßenprostituierten bevor. Abendveranstaltungen wären so gut wie nicht mehr möglich. Der praktische Nutzwert der Häuser wäre ganz erheblich reduziert – und selbstverständlich auch der nicht unbeträchtliche Verkehrswert. Zudem wären alle früheren und teils bis heute anhaltenden Bemühungen der Stadt und vieler Anwohner konterkariert, die Altstadt als lebendiges innerstädtisches Wohn- und Arbeitsgebiet für alle Bevölkerungsteile zu erhalten. So zwänge die Stadt letztlich die Vereine indirekt dazu, ihre Häuser aufzugeben!

Derzeit finden in den kommunalen Gremien vorentscheidende Gespräche über die künftige Entwicklung statt. Obwohl beide Vereine mit den maßgeblichen Personen in Kontakt stehen, haben wir den sicheren Eindruck, dass es noch stärkerer Aufmerksamkeit der Bürger für das Problem und die anstehende Entscheidung bedarf, um das Richtige zu erreichen und das Falsche zu verhindern, nämlich die ungehinderte Ausbreitung der Bordelle und der Armuts- und Elendsprostitution im Leonhardsviertel.

In diesem Sinne bitten wir Mitglieder und Freunde unserer Vereine dringend darum, auf schriftlichem oder telefonischem Wege oder auch per E-Mail den Entscheidungsträgern im Gemeinderat aus allen politischen Gruppierungen entschieden deutlich zu machen, dass eine Ausweitung des «horizontalen Gewerbes» der falsche Weg ist. Damit Milieu und Bürgerschaft wie einst friedlich nebeneinander leben können, bitten wir Sie um Ihre Unterstützung im Kampf um die Zukunft der Vereinshäuser wie des ganzen Quartiers.